

Hellwig, Fritz

Article — Digitized Version

Das wirtschaftspolitische Programm der CDU

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hellwig, Fritz (1953) : Das wirtschaftspolitische Programm der CDU, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 8, pp. 467-474

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131759>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KONZEPTIONEN

In diesem Heft erfüllen wir unser Versprechen, noch vor der Bundestagswahl einen Überblick über die wirtschaftspolitischen Konzeptionen der vier großen Parteien der Bundesrepublik zu geben. Nachdem wir im Maiheft mit dem Abdruck der Bochumer Rede des Senators Prof. Dr. Karl Schiller diesen Themenkomplex eingeleitet hatten und im Juliheft mit der Veröffentlichung der Lübecker Rede des Bundestagsabgeordneten Dr. V. E. Preusker fortgesetzt haben, schließen wir heute die Artikelserie mit einer Veröffentlichung des wirtschaftspolitischen Programms der CDU, das von Herrn Dr. Fritz Hellwig eingeleitet wird, und einer Darstellung der wirtschaftspolitischen Konzeption der DP durch Herrn Dr. W. Steinmetz. Wir hoffen, damit unseren Lesern einen abgerundeten Überblick über die wirtschaftspolitischen Ziele der verschiedenen Parteien gegeben zu haben, der es ihnen ermöglichen kann, auch Verständnis für die Zielsetzungen des politischen Gegners zu gewinnen.

Das wirtschaftspolitische Programm der CDU

Eingeleitet von Dr. habil. Fritz Hellwig, Düsseldorf

„... eine Wirtschaftspolitik, die diesen Namen verdienen soll, muß ebensoviel von Politik wie von Wirtschaft enthalten.“
Friedrich List

Das Programm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands für die Wahlen zum zweiten Bundestag ist niedergelegt im „Hamburger Programm“ und wurde vom Parteitag der CDU am 22. April 1953 in Hamburg verabschiedet. Das dritte und vierte Kapitel des Hamburger Programms behandeln „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ und „Eigentum für alle Schichten des Volkes“.

Die Formulierungen im „Hamburger Programm“ stellen eine Zusammenfassung des Programms zur Wirtschaftspolitik dar, das der CDU-Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik erarbeitet und dem Hamburger Parteitag vorgelegt hat. Einige grundsätzliche Bemerkungen seien der Wiedergabe dieses Programms vorausgeschickt.

Das wirtschaftspolitische Programm der CDU geht von dem echten Spannungsverhältnis aus, das zwischen Wirtschaft und Politik besteht. Die Vorgänge und Zustände im Wirtschaftsleben sind der wissenschaftlichen Erklärung zugänglicher als das politische Geschehen. Sie können im wissenschaftlichen Modell verdichtet und vereinfacht zum Ausdruck gebracht werden. Die politische Wirklichkeit ist viel stärker als die wirtschaftliche Entwicklung von unwägbar psychologischen Faktoren bestimmt. Sie hat mit Spannungen in der gesellschaftlichen und politischen Ordnung zu rechnen, die nur zum Teil durch ökonomische Voraussetzungen bedingt sind. Sicher ist auch das menschliche Verhalten in der Wirtschaft stark von psychologischen Umständen beeinflusst, wodurch der Vorausplanung ganz bestimmte Grenzen gezogen sind. Aber mehr noch wirken die psychologischen Bedingungen beim politischen Verhalten und in der Herbeiführung politischer Entscheidungen mit.

Im politischen Bereich tritt das Problem der Macht, des Machtstrebens, der Machtanwendung und -verteilung besonders in Erscheinung. Die CDU hat in ihrer ersten

programmatischen Erklärung, dem sog. Ahlener Programm vom Februar 1947, die Aufgabe der Machtverteilung als entscheidende Voraussetzung für einen demokratischen Neubau des Staates und der Gesellschaft und für eine Gesundung der Wirtschaft herausgestellt. Die Auseinandersetzung mit dem Problem der Macht in Politik und Wirtschaft war hervorgerufen worden durch die Erfahrungen mit dem totalitären Staat und der darin durchgeführten Zusammenballung von politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht. Das Ziel einer weitgehenden Machtverteilung hat seither das wirtschafts- und sozialpolitische Programm der CDU maßgeblich bestimmt. Aus dieser Einstellung heraus hat die CDU die Bildung neuer Machtkonzentrationen unter Vereinigung von politischer und wirtschaftlicher Macht abgelehnt, wie sie in der Nachkriegsdiskussion z. B. in Forderungen nach Verstaatlichung ganzer Industriezweige oder nach der Zusammenfassung der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung in einer Einheitsversicherung lautgeworden sind.

Die psychologischen Faktoren, die auf das Verhalten der Menschen in der Wirtschaft besonderen Einfluß haben, sind vorzugsweise Massenerfahrungen, deren Schockwirkung noch nicht überwunden ist. Eine derartige Erfahrung haben die angelsächsischen Länder mit der jahrelangen Massenarbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren gemacht. Die gleiche Erfahrung ist von der deutschen Bevölkerung gemacht worden; sie wird aber hier überlagert von der weit stärkeren Schockwirkung, die die zweimalige Zerrüttung der Währung mit der Vernichtung großer Teile des Volkvermögens hinterlassen hat. So ist die Wiederherstellung und Erhaltung einer stabilen Währung für die deutsche Wirtschaftspolitik eine „conditio sine qua non“; eine Wirtschaftspolitik, die ihr zuwiderhandelt, ist zum Scheitern verurteilt.

Die gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Programme der politischen Parteien zeigen insoweit eine gewisse Übereinstimmung, als sie mehr oder weniger alle ein Höchstmaß von persönlicher Freiheit mit wirtschaft-

licher und sozialer Sicherheit anstreben. Hinsichtlich der Methoden, die zu diesem Ziele führen sollen, darf festgestellt werden, daß sie sich von dem Dogmatismus früherer Jahre einigermaßen freigemacht haben. Das gilt für den Wirtschaftsliberalismus ebenso wie für den politischen Sozialismus. Der Unbedingtheitsglaube, der bei Durchführung des Programms den Enderfolg automatisch erwartete, ist weitgehend erschüttert. Die Denksysteme des Wirtschaftsliberalismus wie des Sozialismus sind auf den Rang von Instrumentarien abgesunken, die zur Erreichung von Zielen nach Bedarf eingesetzt werden. Das Ziel aber, ein Höchstmaß von Freiheit und Sicherheit miteinander zu vereinigen, ist in der westlichen Welt unbestritten. Bei der Anwendung der zur Verfügung stehenden Instrumentarien wird jedoch stets die Frage mit zu prüfen sein, ob nicht zuviel an wirtschaftlicher und politischer Macht in der Hand einzelner auf Kosten der Freiheit vereinigt wird.

Das wirtschafts- und sozialpolitische Programm der CDU ist für die Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag im Sommer 1949 in den „Düsseldorfer Leitsätzen“ niedergelegt worden. Hier wurde die Forderung formuliert, daß an die Stelle einer zentral gelenkten Verwaltungswirtschaft die soziale Marktwirtschaft zu treten habe. Lenkung und Planung sollten ersetzt werden durch den Leistungswettbewerb mit marktgerechten Preisen als Motor und Steuerungsmittel der Wirtschaft. Der enge Zusammenhang zwischen dieser Wirtschaftspolitik und dem Problem der Macht kam in folgenden Ausführungen der „Düsseldorfer Leitsätze“ zum Ausdruck:

„Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ ist diejenige Ordnung, die die Ausrichtung der Erzeugung auf die wirklichen Wünsche der Verbraucher und die billigste Versorgung des Gesamtbedarfs mit dem geringsten Aufwand an politischer und gesellschaftlicher Macht gewährleistet. Die Eindämmung von Macht aber ist die Aufgabe, vor die uns die Erfahrungen unserer eigenen jüngsten Vergangenheit und gewisser außerdeutscher Entwicklungsvorgänge stellen. Es sind also nicht nur wirtschaftliche und soziale Überlegungen, sondern auch politische und kulturelle Gründe, die uns veranlassen, die ‚soziale Marktwirtschaft‘ zu fordern. Wir sehen in ihr eine Wirtschaftsordnung, die zu echter Freiheit führt. Wer frei sein will, muß sich dem Wettbewerb unterwerfen und darauf verzichten, Macht auf dem Markt zu erstreben. Wer Macht auf dem Markt besitzt, d. h. wer nicht durch Wettbewerb kontrolliert ist, darf nicht frei sein.“

Erst die Betrachtung der politischen Zustände, insbesondere der staatlichen Neuordnung, schafft letzte Klarheit darüber, daß im Grunde die Wirtschaftspolitik der Marktwirtschaft die einzige unserer politischen und staatlichen Ordnung gemäße Politik war. Es ist grundsätzlich nicht mehr Planung und Staatsintervention in der Wirtschaft möglich, als Staats- und Gesellschaftsordnung zulassen. Die Entwicklung eines neuen deutschen Staatswesens aber ist gekennzeichnet durch bestimmte Gleichgewichtsverhältnisse auf den verschiedenen Ebenen der politischen Willensbildung. Der föderalistische Aufbau steht der Herausbildung einer starken Zentralgewalt in der Exekutive entgegen. In der Gesetzgebung besteht neben der Zuständigkeit bzw. der Einwirkungsmöglichkeit („konkurrierende

Gesetzgebung“) des Bundes eine nicht zu übersehende Zuständigkeit der Länder. Im Kräftespiel der politischen Parteien, deren Position im Bonner Grundgesetz verfassungsmäßig stark verankert ist, besteht ein gewisses labiles Gleichgewicht. Neben den Parteien bestehen größere Kräftegruppen, die sich zwar nicht als Partei betätigen, aber doch eine nicht zu unterschätzende politische Macht darstellen. Dazu gehören vor allem die großen Berufs- und Wirtschaftsverbände. In der Verwaltung besteht durch das Nebeneinander von obrigkeitlichem Instanzenzug und Selbstverwaltung eine starke Zersplitterung, die sich im schlechten wie im guten Sinne immer wieder bemerkbar macht.

Zwischen Staat und Wirtschaft besteht in Deutschland längst nicht die klare Abgrenzung wie in anderen westlichen Ländern. Der Staat, aber auch alle anderen Stationen der öffentlichen Hand einschließlich der öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltung, blicken auf eine lange Tradition wirtschaftlicher Betätigung zurück, auf deren Grundlage die öffentliche Intervention durch Gesetzgebung und Verwaltung in dem Umfang, wie es in der Weimarer Republik und noch mehr im nationalsozialistischen Regime der Fall war, erst möglich wurde. Das Fehlen der klaren Abgrenzung von Staat und Wirtschaft hat ein hohes Maß von Mißtrauen gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand und jede Form des Interventionismus hervorgerufen. Sie hat andererseits in der privaten Wirtschaft die klare Erkenntnis des Wertes der Freiheit vom Staat vielfach verdunkelt, so daß der private Ruf nach staatlicher Hilfe bei uns häufiger als in anderen westlichen Ländern zu hören war.

Nun besteht ein unlösbarer Zusammenhang zwischen Planwirtschaft und politischer Gewalt. Je mehr Lenkung in der Wirtschaft verwirklicht werden soll, um so mehr politische Zentralgewalt ist erforderlich. Je weniger politische Zentralgewalt vorhanden ist, um so weniger Lenkung ist in der Wirtschaft durchführbar. Die Versuche mit dezentralisierter Lenkung unter Einschaltung von Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der unteren örtlichen und regionalen Stellen haben zu der Erkenntnis geführt, daß die Lenkung entweder nicht funktioniert oder aber doch mit der Herausbildung einer zentralen Gewalt endet. Die Geld- und Kreditwirtschaft hat hierfür in den letzten Jahren ein deutliches Beispiel geliefert. Das Zentralbanksystem als Instrument der Währungs-, Geld- und Kreditpolitik gehört zweifellos zu den stärksten zentralen Positionen. Seine lenkende Wirksamkeit gegenüber der privaten Wirtschaft ist unbestritten. Die Mittel der Diskontpolitik, der Kreditrestriktionen, der Mindestreserve-Vorschriften u. a. haben hier funktioniert. Aber gerade gegenüber den verschiedenen Stellen der öffentlichen Hand wirkten Lenkung und Koordinierung in der Geld- und Kreditwirtschaft nicht überzeugend. Gegenüber den öffentlichen Kassen konnte bisher keine Koordinierung erreicht werden. Kassenhaltung, Einlagegeschäft mit öffentlichen Geldern und Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand waren von der Zentrale bisher nur teilweise zu steuern.

Aus dem Spannungsverhältnis von Wirtschaft und Politik folgt, daß in bestimmten wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen echte Antinomien auftreten. Das gilt vor allem dann, wenn der Verzicht auf Freiheit zugunsten der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit verlangt wird. Die Entscheidung zwischen Freiheit und Sicherheit steht in letzter Konsequenz meist vor der Frage, ob der Teilverzicht auf die Freiheit zugunsten der Sicherheit nicht den Totalverlust der Freiheit an den der Sicherheit dienenden Apparat nach sich zieht. Sicher ist ein Mindestmaß an sozialen Sicherungen erforderlich, ein Übermaß aber gibt den Betreuungsapparaten zuviel Macht über die Menschen. Das führt in der Wirtschaft zur Verkümmern der produktiven Kräfte, deren Höchstentwicklung auf engste mit einem Mindestmaß von Unsicherheit und Selbstinitiative verbunden ist. Der Verzicht auf Freiheit zugunsten der Sicherheit muß also dann aufhören, wenn die produktiven Kräfte verkümmern, aus deren Leistung ja erst der wirtschaftliche Gegenwert für die soziale Sicherung hervorgeht.

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß eine vollständige Marktwirtschaft, wie sie das wissenschaftliche Modell entwickeln kann, in der politischen Realität nicht besteht. Man übersieht häufig, daß sowohl bei der Währungsreform 1948 wie in der Wirtschaftspolitik der ersten Bundesregierung von 1949 bis 1953 der Übergang zur Marktwirtschaft durch den Abbau von Lenkungs- und Preisvorschriften nicht vollständig vollzogen worden ist. Immerhin haben diese fünf Jahre des Nebeneinander von marktwirtschaftlichen und mehr oder weniger planwirtschaftlichen Bereichen gezeigt, daß Verzerrungen und Mißverhältnisse durch das zu lange Festhalten an Lenkungs- und Preisvorschriften eintraten, während andererseits der rechtzeitige Abbau derartiger Maßnahmen zur Bereinigung von Spannungen und Verzerrungen führte. In den Bereichen, in denen durch das Festhalten an Lenkungs- und Preisvorschriften noch stärkere Spannungen bestehen, kann daher das Rezept nicht lauten: weitere Ausdehnung der Bewirtschaftung, sondern schrittweise Freigabe dieser Märkte und Überführung in eine marktwirtschaftliche Ordnung.

Soviel über die dem Wirtschaftsprogramm der CDU zugrundeliegenden Überlegungen. Es folgen wörtlich die wichtigsten Stellen dieses Wirtschaftsprogramms.

WIRTSCHAFTSPOLITIK AUS VERANTWORTUNG FÜR DAS GANZE

Die CDU ist seit 1947 der maßgebliche Träger der deutschen Wirtschaftspolitik. Nach der christlichen Gesellschaftsauffassung hat die Wirtschaft eine dienende Aufgabe zu erfüllen. Daher wird die Wirtschaftspolitik der CDU getragen von der tiefen Verantwortung für die Persönlichkeit des Menschen. Selbstverantwortung des einzelnen, Selbstordnung der Gesellschaft und Ordnungstätigkeit des Staates müssen um des Gemeinwohls willen zusammenwirken. Selbstverantwortung des einzelnen in der Wirtschaft heißt Freiheit der Konsumwahl, Freiheit in der Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes, Leistungswettbewerb, gesundes

Erwerbsstreben, persönliches Eigentum. Selbstordnung der Gesellschaft in der Wirtschaft heißt Selbsthilfe und Selbstverantwortung soweit möglich. Ordnungstätigkeit des Staates in der Wirtschaft heißt Gewährleistung und Sicherung der Selbstverantwortung des einzelnen und der Selbstordnung der Gesellschaft. Darüber hinaus hat der Staat die Aufgabe, die Wirtschaft mit marktgerechten Mitteln zu fördern, soweit Selbstverantwortung und Selbstordnung nicht ausreichen.

Die Wirtschaftspolitik der CDU will nach diesen Grundsätzen ein höchstes Maß an Freiheit mit sozialer Sicherung für das gesamte Volk verbinden. Der Weg hierzu ist die soziale Marktwirtschaft, in der durch echten Leistungswettbewerb die produktiven Kräfte in der Wirtschaft entwickelt werden. Staat und Wirtschaft können soziale Leistungen nur dann darbieten, wenn die produktiven Kräfte sie erarbeitet haben. Eine solche Wirtschaftspolitik ist zugleich die beste Sozialpolitik.

Die CDU wird auch in Zukunft für die weitere Ausgestaltung der sozialen Marktwirtschaft sorgen. Sie lehnt alle Wirtschaftsmaßnahmen ab, die die Entscheidungsfreiheit der Schaffenden und der Verbraucher einschränken oder zur Zusammenballung von wirtschaftlicher und politischer Macht führen. Die CDU fordert, daß produziert wird, was der Verbraucher wünscht, und nicht, was die Planwirtschaftsbürokratie für richtig hält.

Für sozialistische und liberalistische Experimente ist in der sozialen Marktwirtschaft der CDU kein Raum. Die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit, Freiheit und wirtschaftliche Sicherung des einzelnen sollen nach dem Willen der CDU bei der Eingliederung Deutschlands in die europäische Gemeinschaft der Völker in Frieden und Freiheit zur Anwendung kommen.

DIE ZWEITE PHASE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Als die CDU die Hauptverantwortung für die deutsche Wirtschaftspolitik übernahm, war die wirtschaftliche Lage trostlos. Der neuen deutschen Wirtschaftspolitik stellten sich ungeheure Aufgaben. Die CDU hat die wesentlichen Versprechungen erfüllt, die sie bei der Übernahme der Verantwortung für die Wirtschaftspolitik gab. Die Phase des Aufbaus ist zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht. Dabei verkennt die CDU nicht, daß noch nicht alle Volksschichten an den Erfolgen der Marktwirtschaft hinreichend teilgehabt haben; Kriegsschäden, Besatzungseingriffe und weltweite Spannungsverhältnisse wirkten sich allzu hemmend aus.

Nunmehr aber steht dem deutschen Volk ein produktiver und leistungsfähiger Produktionsapparat zur Verfügung. Gestützt auf ihn kann mit Zuversicht in eine zweite Phase der sozialen Marktwirtschaft eingetreten werden. In dieser zweiten Phase stellen sich folgende Aufgaben:

- weitere Steigerung, Verbesserung und Verbilligung der Gütererzeugung;
- weitere Erhöhung des Lebensstandards des deutschen Volkes;

stärkere Beteiligung bisher zurückstehender Bevölkerungsteile (Rentner, Pensionäre, Kriegsofer, Beamte, Angestellte, bäuerliche Bevölkerung, freie Berufe) an den Erfolgen der Marktwirtschaft;

Bildung privaten Eigentums für möglichst breite Volksschichten.

Die soziale Marktwirtschaft dient dem Verbraucher. Sie will die Gütererzeugung auf die Wünsche des Verbrauchers ausrichten und die billigste Versorgung bei ständiger Verbesserung der Qualität gewährleisten.

Die erste Aufgabe der sozialen Marktwirtschaft nach der Währungsreform war es, die akute Mangellage zu beseitigen. Dieses Ziel wurde in Industrie und Landwirtschaft erreicht. In dem jetzt begonnenen zweiten Abschnitt unserer wirtschaftspolitischen Arbeit kommt es darauf an, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion weiter zu steigern, die Verbrauchsgüter zu verbilligen und die Qualität noch mehr zu verbessern. Der Weg hierzu führt über einen echten Leistungswettbewerb in Verbindung mit aktiver und bewußter Verbraucherpolitik. Die Verbraucherschaft hat in der Marktwirtschaft eine wesentliche Rolle zu spielen. Als Mittel aktiver Verbraucherpolitik sind zu entwickeln:

Förderung der Marktübersicht für die Masse der Verbraucher;

Ausbau der gesetzlichen Kennzeichnungspflicht; verbesserter gesetzlicher Schutz des Verbrauchers gegen unlauteren Wettbewerb;

Beratung, Aufklärung und Mitwirkung der Verbraucher durch Einrichtungen der Selbsthilfe und der Selbstverwaltung.

Weitere Wege zur Kostensenkung in der Produktion, zur Erhöhung der produktiven Leistung, zur Verbilligung und Verbesserung der Lebenshaltung sind die Rationalisierung von Anlagen und Fabrikationsmethoden, die Begrenzung von Typen, die Normung und Standardisierung in der Gütererzeugung. Die Wirtschaftspolitik der CDU strebt an, auch die Güter des gehobenen Bedarfs an breitere Verbraucherschichten heranzubringen, um den Lebensstandard weiter fortgeschrittener Länder zu erreichen.

Der technische Fortschritt ist durch Forschung und Einführung neuer und verbesserter Produktionsmethoden zu fördern. Die Aufwendungen für die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sind steuerlich zu begünstigen. Zeitgemäße Fertigung senkt die Gesteigungskosten, verbilligt die Produktion und erhöht das Realeinkommen. Die Rationalisierung in Erzeugung und Vertrieb in Verbindung mit dem technischen Fortschritt schafft zugleich neue Nachfrage, zusätzlichen Konsum und weitere Produktionsmöglichkeiten. Die Zusammenarbeit in der Wirtschaft zum Zwecke der Rationalisierung durch Rationalisierungsvereinbarungen, branchenmäßige Kostenvergleiche, freiwillige Gütenormen u. ä. ist zu fördern.

Rationalisierung und Produktivitätssteigerung sind die Voraussetzungen für eine echte Mengenkonjunktur, deren oberstes Gebot sein muß: großer Umsatz bei kleinem Nutzen! Rationalisierung tut not nicht nur in der Gütererzeugung, sondern ebenso sehr in der Güterverteilung. Es muß sichergestellt sein, daß Kosten- und Preissenkungen in der Produktion auch in vollem Umfange dem Verbraucher selbst zugute kommen.

Berufsverbände und Marktwirtschaft

Die Berufs- und Wirtschaftsverbände müssen sich ihrer Mitverantwortung für das Funktionieren der Marktwirtschaft bewußt sein. Sie werden als wichtige Ordnungsfaktoren anerkannt. Auch die Gewerkschaften können sich erfahrungsgemäß am besten in einem

marktwirtschaftlichen System betätigen. Die CDU erkennt das Existenzrecht der Gewerkschaften an. Sie erkennt ihnen darüber hinaus eine gesellschaftspolitische Aufgabe zu: an einer gerechten Eingliederung der Lohn- und Gehaltsabhängigen in eine von allen Volksgruppen getragene Gesellschaftsordnung mitzuwirken. Sie werden ihrer ursprünglichen Aufgabe nur dann gerecht werden können, wenn sie sich nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck betrachten.

Sicherung des Leistungswettbewerbs

Die CDU lehnt die Behinderung des Leistungswettbewerbs durch Kartelle und ähnliche Marktabsprachen ab. Der Leistungswettbewerb ist gesetzlich sicherzustellen. Erwerbsunternehmen und Regiebetriebe der öffentlichen Hand sind gleichfalls zum Leistungswettbewerb zu verpflichten. Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb ist zu reformieren. Machtstellungen auf dem Markt müssen der öffentlichen Kontrolle unterliegen. Mit dem Wesen der Marktwirtschaft und des Leistungswettbewerbs ist eine weitere Ausdehnung der Betriebe der öffentlichen Hand unvereinbar.

Beschäftigungspolitik

Ein Hauptanliegen der CDU ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen. Seit 1949 wurden in der sozialen Marktwirtschaft 2,5 Mill. neue Arbeitsplätze geschaffen. Die bisher erfolgreiche Arbeitsbeschaffungspolitik — vor allem in Notstandsgebieten — ist weiterzuführen. Die CDU hat bereits in den Düsseldorfer Leitsätzen darauf hingewiesen, daß Wirtschaftskrisen keine Naturereignisse, sondern Folgen falscher Entschlüsse und Handlungen im Betrieb und in der Wirtschaftspolitik sind. Sie können durch eine sachverständige und elastische Wirtschaftspolitik, z. B. durch eine konstruktive Kredit- und Währungspolitik, ferner aber auch durch eine richtige Investitionspolitik verhindert werden.

Exportförderung

Lebensstandard und Beschäftigungsstand des deutschen Volkes hängen immer mehr vom Umfang seines Welthandels ab. Den Anteil Deutschlands am Import und am Export zu steigern, sieht die CDU als eine entscheidende wirtschaftspolitische Aufgabe an. Sie stellt dabei mit Befriedigung fest, daß die von ihr geförderte Liberalisierung, die heute 90 % beträgt, nicht nur den Außenhandel, sondern auch den inneren Konsum wesentlich erhöht hat. Der deutsche Export muß die gleiche wettbewerbsmäßige Basis erhalten wie der Export der übrigen europäischen Länder. Möglichkeiten zur Absicherung des Kursrisikos, ausreichender Versicherungsschutz, genügende Kreditversorgung, Rückvergütung überhöhter Steuern, Ausbau des außenwirtschaftlichen Informations- und Konsulatsdienstes sind sicherzustellen.

Verkehrspolitik

In der deutschen Verkehrswirtschaft fehlt es bislang an einer Gesamtkonzeption, infolgedessen auch an der notwendigen Abstimmung der verschiedenen Verkehrsmittel aufeinander. Die Folge ist ein gegen das

Interesse der Volkswirtschaft wirkendes Neben- und Gegeneinander von Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffahrtsverkehr.

Ziel einer Neuordnung der Verkehrswirtschaft muß es sein, jeden unnötigen Verkehrsaufwand zu vermeiden und die einzelnen Verkehrsmittel in die Bedienung der Wirtschaft so einzuspannen, daß sie in ihrer Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit möglichst hohem Wirkungsgrad und möglichst geringen Kosten arbeiten. Dazu ist es notwendig, auch in der Verkehrswirtschaft echte Wettbewerbsverhältnisse herzustellen. Die verschiedenen Verkehrsmittel müssen gleichmäßig zu den gemeinwirtschaftlichen Aufgaben des Verkehrs beitragen. Die einseitige Belastung der Bundesbahn mit politischen, gemeinwirtschaftlichen und Kriegsfolgelasten gefährdet einen wesentlichen Teil des deutschen Volksvermögens in seiner Existenz und Ertragslage. Die CDU tritt mit Nachdruck für einen beschleunigten Ausbau der deutschen Handelsschiffahrt als einen der wichtigsten Devisenbringer ein.

Einheit der Wirtschaftspolitik

Die soziale Marktwirtschaft ist eine einheitliche Konzeption, die man nicht ungestraft einschränken oder verfälschen kann. Die wirtschaftlichen Störungen seit der Währungsreform sind wesentlich darauf zurückzuführen, daß auf allzu vielen Teilgebieten noch keine oder keine ausreichende marktwirtschaftliche Ordnung besteht. Aber jeder Schritt zur Vervollständigung der Marktwirtschaft hat bisher Erfolg gehabt und ist der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung zugute gekommen. Noch stärker als bisher ist die Politik der wirtschafts- und finanzpolitischen Ressorts an der Gesamtkonzeption der sozialen Marktwirtschaft zu orientieren und zusammenzufassen.

MITTELSTAND UND FAMILIE

Das kleine und mittlere Gewerbe

Durch die Hand des gewerblichen Mittelstandes fließt ein wesentlicher Teil des Volkseinkommens. Durch Steigerung der Produktion, Erhöhung des Volkseinkommens und der volkswirtschaftlichen Umsätze hat der gewerbliche Mittelstand in gleicher Weise wie die anderen Berufsstände an den Erfolgen der sozialen Marktwirtschaft teilgenommen. Zahlreiche selbständige Existenzen sind neu entstanden, zahlreiche Betriebe konnten wieder aufgebaut werden. Es gilt jetzt, den erreichten Stand zu festigen und auszubauen.

Der gewerbliche Mittelstand, bei dem Betriebseinkommen und persönliches Einkommen fast regelmäßig zusammenfallen, fühlt sich besonders stark durch die hohe Progression der Einkommensteuer belastet. Andererseits haben die mittelständischen Gewerbebetriebe wegen ihrer Struktur weit weniger Aussicht, bei den als Kredit zur Verfügung stehenden Kapitalmarktmitteln und öffentlichen Geldern berücksichtigt zu werden. Das hat für viele mittelständische Betriebe zu einer starken Inanspruchnahme kurzfristiger Kredite für langfristige Investitionen geführt.

Um den Bestand dieser mittleren und kleinen Betriebe zu sichern und damit eine gesunde Mischung zwischen den Betriebsgrößen zu erhalten, wird gefordert:

Erschließung langfristiger Kreditmöglichkeiten für die Kapitalversorgung der kleinen und mittleren Betriebe bei gleichzeitiger Herabsetzung der Zinsbelastung;
verstärkte Beteiligung an öffentlichen Aufträgen;
Unterbindung des Belegschafts- und Behördenhandels und der Schwarzarbeit;
Einschränkung der öffentlichen Regiebetriebe und Verhinderung ihrer weiteren Ausdehnung. Ebenfalls sind Regiebetriebe auf europäischer Ebene zu verhindern.

Die Landwirtschaft

Die Agrarpolitik kann nicht aus der volkswirtschaftlichen Gesamtsituation und der daraus erwachsenden Wirtschaftspolitik herausgelöst werden; sie hat den gesellschaftspolitischen Erfordernissen, die die Erhaltung einer lebensfähigen bäuerlichen Bevölkerung stellt, gerecht zu werden. Die Landwirtschaft in der Bundesrepublik wird sich der Leistungssteigerung, die im nationalen wie im internationalen Wettbewerb erzielt wird, weder entziehen wollen noch können. Es ist Aufgabe der volkswirtschaftlichen Gesamtkonzeption, ihr hierbei die erforderliche Hilfestellung zur Erzielung einer optimalen Leistung zu geben. Sie ist von Belastungen zu befreien, die Angelegenheit der Sozialpolitik sein müssen.

Die CDU strebt eine umfassende Förderung der Landwirtschaft an. Ihr agrarpolitisches Ziel ist die Steigerung der Agrarproduktion in rentablen Betrieben. Die Finanzierung des Agrarprogramms erfordert den Einsatz staatlicher Mittel, insbesondere für die Flurbereinigung, für die Regelung des Wasserhaushalts und für Bodenmeliorationen.

Zur Durchführung dieses Programms ist außerdem der Ausbau des Agrarkredits für Investitionszwecke erforderlich. Ganz besonders wird ferner eine steuerliche Begünstigung rationalisierungswilliger Betriebe befürwortet. In Verbindung mit dieser Gesamtförderung der Landwirtschaft ist eine Entlastung der Bäuerin, eine Entwicklung des Landarbeiters zum Facharbeiter und die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen in der Landwirtschaft anzustreben.

Die besonderen Produktionsbedingungen der Landwirtschaft erfordern im Interesse einer gleichmäßigen Versorgung des Binnenmarktes einen marktkonformen Ausgleich zwischen Inlandsproduktion und Weltmarkt. Dieses Ziel kann sowohl durch eine Bevorratungspolitik als auch durch Mittel der Zoll- und Preispolitik erreicht werden.

Geistige Berufe

Zum inneren und äußeren Wiederaufbau nach dem Zusammenbruch trug wesentlich die selbstlose Leistung der geistigen Berufe bei. Das deutsche Volk zehrt infolgedessen seit Jahren von seiner geistigen Substanz. Die CDU ist sich bewußt, daß in der ersten Phase noch nicht alle berechtigten Wünsche erfüllt werden konnten, und sieht es daher als Aufgabe ihrer Mittelstandspolitik an, die wirtschaftliche Stellung der geistigen Berufe zu heben und sie zu fördern. Das gilt sowohl für die sog. freien Berufe und Angestellten wie auch für Lehrer, Hochschullehrer und andere öffentliche Beamte.

Förderung der Familie

Die Förderung der Familie ist eine der vornehmsten Aufgaben einer sozial ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Zu diesem Zwecke sollen Maßnahmen getroffen werden, die durch eine Ergänzung des Einkommens aus Arbeit die wirtschaftliche Situation der Familie

mit mehreren Kindern verbessern und auf dem Gebiet des Wohnungsbaus den Bedürfnissen der kinderreichen Familien entgegenkommen. Es sind deshalb ein familiengerechtes Einkommen und familiengerechte Wohnungen zu bieten. Zu diesem Zweck wird gefordert: Der Leistungslohn, der grundsätzlich anzuerkennen ist, reicht zur vollen Existenzsicherung kinderreicher Familien nicht aus. Die Ergänzung des Einkommens soll durch die Einführung von Kinderzulagen erfolgen, um dadurch den Lebensstandard der großen Familien zu heben. Dieser Ausgleich soll dadurch vollzogen werden, daß innerhalb der Wirtschaft Familienausgleichskassen der einzelnen Wirtschaftszweige gebildet werden.

Die rechte Wohnform für die Familie ist das familien-gerechte Heim mit eigenem Garten, das als die sinnfällige Form des Privateigentums am stärksten zu fördern ist. Wo immer möglich, soll diese Form des Wohnens verwirklicht werden. Darum bejaht die CDU mit Nachdruck den von der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag eingeschlagenen Weg zur Schaffung von Familienheimen.

Der Zugang zu Grund und Boden soll jeder Familie, die guten Willens ist, ermöglicht werden. Darum betonen wir die Notwendigkeit des Baulandbeschaffungs- und eines Bodenbewertungsgesetzes, das der Spekulation wirksam begegnet.

Die CDU warnt vor der Überbetonung der kleinen und Kleinstwohnung, die familienfeindlich und darum für die Familie abzulehnen ist, es sei denn, sie dient zur Unterbringung von Einzelpersonen und kinderlosen Ehepaaren. Vor allem müssen die kinderreichen Familien zu Wohnungen kommen. Jungen Ehepaaren sollten ebenfalls vorrangig Wohnungen zugesprochen werden, die es ihnen erlauben, für sich zu sein und Kinder zu haben. Es ist dahin zu wirken, daß größere Altbauwohnungen, die beim Beziehen von kleineren Neubauwohnungen von kleineren Parteien geräumt werden, bevorzugt größeren Familien zugewiesen werden. In jedem Fall muß die Hergabe öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau stärker als bisher auf die Größe der Familie Rücksicht nehmen. Insbesondere ist auch die steuerliche Begünstigung privater Aufwendungen im sozialen Wohnungsbau der Familiengröße anzupassen.

WOHNUNGSWIRTSCHAFT

In Westdeutschland fehlen infolge der Kriegszerstörungen und des immer weiter andauernden Zustroms von Flüchtlingen noch rund 4 Mill. Wohnungen. Deshalb ist die Schaffung des fehlenden Wohnraums durch den Bau familiengerechter Wohnungen auf Jahre hinaus dringlichste Aufgabe und eines der wichtigsten Anliegen unserer Wirtschaftspolitik. Die CDU weist auf Fehlentwicklungen im Wohnungsbau hin, die beseitigt werden müssen. Es genügt nicht, daß Wohnungen irgendwelcher Art geschaffen werden. Die erstellten Wohnungen müssen so beschaffen sein, daß sich die Familien biologisch, wirtschaftlich und kulturell gesund entfalten können. Alle Ansatzpunkte zum Kollektivismus im öffentlichen Wohnungsbauwesen sind zu bekämpfen. Die CDU ist der Meinung, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen und können, um einer möglichst großen Anzahl von Wohnungsuchenden das Eigentum am eigenen Haus oder an der eigenen Wohnung zu beschaffen.

Die bisherige Wohnungsbaupolitik hat dazu geführt, daß auch dort, wo der Bau von Einfamilienhäusern möglich gewesen wäre, Wohnungen in mehrgeschossigen großen Wohnblöcken errichtet wurden, die sich fast ausschließlich im Besitz von Wohnungsunternehmen befinden. In der Hand von wenigen Menschen ist dadurch eine praktisch ohne jede Kontrolle ausgeübte wirtschaftliche Macht zusammengeballt,

die zur politischen Gefahr werden kann. Zugleich wird und wurde hierdurch verhindert, daß persönliches Eigentum in größtmöglichem Umfang für die breitesten Volksschichten geschaffen wird. Nur 20 % der gebauten Wohnungen wurden Eigentum der Bewohner.

Um in innerstädtischen Bezirken die Möglichkeit zum Eigentumserwerb zu schaffen, begrüßen wir die neuen Rechtsmöglichkeiten des Wohnungseigentums und des eigentumsvertretenden Dauerwohnrechts, die eine familiengerechtere Wohnform darstellen als die Mietwohnung. Um die bisher und künftig mit öffentlichen Mitteln geförderten Mietwohnungen an eigentumswillige Bewerber als Eigenheime, Wohnungseigentum oder in der Form des Dauerwohnrechts auflassen zu können, sind entsprechende gesetzliche Bestimmungen erforderlich.

Die private Bautätigkeit ist durch zusätzliche Anreize zu fördern. Diese sollen vor allem in der steuerlichen Begünstigung derjenigen Mieter bestehen, die durch hohe Mieten im freifinanzierten Wohnungsbau im Verhältnis zu ihrem Einkommen außergewöhnlich belastet sind. Durch Angleichung der Altbau-mieten an die veränderten Kosten, Löhne und Preise muß die Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes angestrebt werden. Um einkommenschwachen, besonders aber kinderreichen Familien den Unterhalt der Wohnungen zu ermöglichen, wird das in Nordrhein-Westfalen eingeführte System der Zahlung von Miet- und Lastenbeihilfen empfohlen. Bei der Verteilung von Kapitalzuschüssen aus öffentlichen Mitteln für den Wohnungsbau ist der freie Wettbewerb unter den Bauträgern (Bauherren) aller Art sicherzustellen. Eine einseitige Bevorzugung bestimmter Bauträger darf nicht erfolgen.

FINANZ- UND STEUERPOLITIK

Die aus dem Zusammenbruch des Jahres 1945 und der Kontrollratsgesetzgebung stammenden Härten auf dem Gebiet der Steuern sind bisher noch nicht beseitigt. Die überhöhten Steuersätze sind ein Hindernis auf dem Wege zur Verwirklichung unserer wirtschaftspolitischen Ziele. Die Steuerreform, die der kommende Bundestag durchzuführen hat, muß wirtschaftlich sinnvoll und moralisch tragbar sein, d. h. sie hat sowohl die produktive wirtschaftliche Leistung als auch die Familiengemeinschaft als sozialen Rückhalt der einzelnen wirtschaftlichen Existenz zu fördern.

1. Der Schutz der Währung ist eine unverrückbare Verpflichtung von Regierung und Notenbankleitung. Eine gesunde Währung ermöglicht auch den Übergang zum freien Austausch im internationalen Handel.
2. Voraussetzung einer erfolgreichen Währungspflege ist die Beibehaltung der bewährten Politik des Ausgleichs des öffentlichen Haushalts.
3. In diesem Rahmen ist eine Steuerreform mit dem Ziel einer kräftigen Steuersenkung durchzuführen, und zwar mit Hilfe von folgenden Maßnahmen:
 - a) laufende Überwachung der Ausgaben der öffentlichen Verwaltung zwecks Lastensenkung,
 - b) Einschränkung der Kapitalbildung der öffentlichen Hand,
 - c) Anpassung unserer Verpflichtungen aus der europäischen Verteidigung an unsere stark vorbelastete Leistungsfähigkeit.
4. Die Steuerreform hat auch eine zweckmäßige wirtschaftsfördernde und sozial gerechte Neuverteilung der Steuerlasten mit folgenden Zielen herbeizuführen:
 - a) Hebung der Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft,
 - b) Förderung der privaten Kapitalbildung,
 - c) Hebung der sozialen Leistungsfähigkeit der Familie.

5. Mit der Steuerreform muß eine baldige Neuaufteilung der Steuerquellen zwecks Wiederherstellung der finanziellen Selbständigkeit des Bundes und der Selbstverwaltung der Länder erfolgen.

6. Die Grundlage für die weitere Hebung unseres Lebensstandards ist eine ausreichende Kapitalbildung. Sie allein ermöglicht die Investitionen, die nötig sind, um zur Verbesserung und Verbilligung der Bedarfsdeckung kostensparende Verfahren einzuführen, die Produktion auszuweiten, die Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland zu heben und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Zu diesem Zweck ist die innerbetriebliche Kapitalbildung zu fördern. Das Schwergewicht der Förderungsmaßnahmen, die von der Wirtschaft wie auch vom Staat zu ergreifen sind, muß aber auf dem Wiederaufbau des Kapitalmarkts liegen. Diese Förderungsmaßnahmen müssen dem Sparwillen der breitesten Schichten der Bevölkerung und insbesondere auch dem Zusammenhalt der Familien (Wohnungsbau) zugute kommen.

PARTNERSCHAFT UND MITEIGENTUM

Die Herbeiführung eines sozialen Ausgleichs im Wirtschaftsleben durch echte Partnerschaft macht es notwendig, alle in den verschiedensten Bereichen der Volkswirtschaft Tätigen an der Vermehrung des Volkseinkommens und -vermögens in angemessener Weise teilhaben zu lassen. Deshalb müssen Staat und Wirtschaft Möglichkeiten schaffen, auch den Arbeitnehmer an dem Teil des Volkseinkommens zu beteiligen, der der Natur der Sache nach zum augenblicklichen Verbrauch nicht geeignet ist, aber das Volkvermögen vermehrt.

Die CDU ist erfüllt von der Überzeugung, daß wir in Deutschland eine lebensfähige Wirtschaftspolitik nur betreiben, ein gesundes Wirtschaftsdenken nur erreichen, den arbeitenden Menschen nur dann von Lebensangst und Mißtrauen befreien und den Klassenkampf überwinden können, wenn alle diejenigen, die in den verschiedenen Bereichen unserer Volkswirtschaft wertschöpfend tätig sind, an der künftigen Neubildung von Vermögen als Eigentümer teilzuhaben vermögen.

Die breite Streuung von Kleineigentum ist deshalb ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Problem erster Ordnung. Die CDU sieht es als ihre Aufgabe an, allen Schichten unseres Volkes, insbesondere der Arbeiterschaft, die Erkenntnis zu vermitteln, daß der Lebensstandard aus zwei Teilen sich zusammenfügt, deren einer die Höhe des Verbrauchs und deren anderer die Eigentumsbildung ist.

Die deutsche Arbeitnehmerschaft ist auf dem Wege zur Entproletarisierung ein bedeutendes Stück vorangekommen; diesen Weg durch Miteigentum der Arbeitnehmer zu vollenden, ist ein Grundanliegen der CDU. Wenn der Unternehmer seinen Mitarbeitern neben dem normalen Lohn, also dem „Konsumentengeld“, auch „Produzentengeld“ in Form von Miteigentum zur Verfügung stellt, wenn der Arbeitnehmer auf diesem Weg zum Mitsparen für die Investitionsbedürfnisse der Wirtschaft angeregt wird und wenn schließlich der Staat dieses Tun beim Unternehmer wie beim Arbeitnehmer steuerlich begünstigt, dann zeichnet sich eine der vielen Möglichkeiten ab, die zu dem erstrebten Ziel führen: Steigender Lebensstandard und Sicherung durch Eigentum.

Die Planwirtschaftler meinen, daß Investitionsfinanzierung und -planung, deshalb auch die Kapitalbildung, wesentlich Sache des Staates seien. Dadurch wird aber der einzelne von der Eigentumsbildung ausgeschlossen. Eine solche Methode mündet in die Sozialisierung.

Die CDU will genau das Gegenteil. Ihre Wirtschaftspolitik soll die Sparkraft des einzelnen stärken. Jedermann hat dann die Möglichkeit, Eigentum in der verschiedensten Form — auch über den eigenen Betrieb — zu bilden. Keineswegs darf in den Fehler verfallen werden, das politische Anliegen des Miteigentums in eine starre Form der Dogmatik und der Gesetzgebung zu pressen. Aus der lebendigen Wirtschaft soll sich eine sinnvolle Vielfalt der möglichen Formen entwickeln können. Das Grundprinzip der Freiwilligkeit der Vereinbarungen ist zu wahren. Dem Staat aber obliegt die Aufgabe, jede Form der Eigentumsbildung mit allen marktconformen Mitteln und mit einer Anpassung des Steuer- und Gesellschaftsrechts an die neuen Bedürfnisse voranzutreiben.

Die CDU hofft, daß die Gewerkschaften sich bei ihren Stellungnahmen nicht von der unangebrachten Sorge bestimmen lassen, daß eine besitzende Arbeitnehmerschaft hierdurch das vertrauensvolle Verhältnis zu ihren Gewerkschaften verlieren könnte. Die Gewerkschaften sollten den hohen staatspolitischen Wert des Miteigentumgedankens, den die CDU verwirklichen will, anerkennen.

DIE GESAMTDEUTSCHE AUFGABE DER WIRTSCHAFT

Die CDU ist davon überzeugt, daß die hier aufgezeigten Wege zur Hebung der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung in der Bundesrepublik und in Westeuropa zugleich auch die notwendigen Voraussetzungen schaffen, um den Boden für die künftige Lösung der gesamtdeutschen Probleme vorzubereiten. Nur eine gesunde und leistungsfähige Wirtschaft in der Bundesrepublik wird in der Lage sein, entsprechend zu den Leistungen beizutragen, die bei der Wiedervereinigung Deutschlands erforderlich sein werden, um die Rückständigkeit der Sowjetzone in wirtschaftlicher Leistung und im Lebensstandard möglichst rasch auszugleichen. Ebenso muß Berlin an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung der Bundesrepublik stärksten Anteil haben. Die CDU fördert und unterstützt alle Maßnahmen zur Stärkung und Gesundung der Wirtschaft Westberlins. An die deutsche Wirtschaft richtet sie die dringende Aufforderung, die Zusammenarbeit mit der Westberliner Wirtschaft als einem integrierenden Bestandteil der deutschen Volkswirtschaft weiterzuentwickeln. Die Westberliner Wirtschaft muß noch stärker als bisher durch westdeutsche Aufträge in den volkswirtschaftlichen Produktionsablauf der Bundesrepublik eingeschaltet werden.

BEKENNTNIS ZUR EINIGUNG EUROPAS

Die Wirtschaftspolitik der CDU hat mit ihrem nachhaltigen Bekenntnis zur Liberalisierung des Außenhandels einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Kräftigung Europas geleistet. Die Liberalisierung soll weiter fortgesetzt werden mit dem Ziel, in absehbarer Zeit auch zum Abbau der nationalstaatlichen Devisenzwangswirtschaft, zur Beseitigung unechter und unstabiler Wechselkurse und zu einer echten Austauschbarkeit der Währungen zu gelangen. Auch für die europäische Gemeinschaft gilt, daß sie nur in einem marktwirtschaftlichen System, in dem die Betriebe Höchstleistungen erbringen müssen, um im

Wettbewerb bestehen zu können, zu einer Steigerung der Produktion und zur Hebung des Lebensstandards kommen wird.

Die CDU hat als wichtigsten Schritt zu diesem Ziel die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl begrüßt und aktiv unterstützt. Sie erwartet, daß diese Gemeinschaft auf ihrem Arbeitsgebiet die marktwirtschaftlichen Grundsätze zur Anwendung bringt und sie nicht durch national-egoistische Sonderwünsche einzelner Mitglieder gefährden läßt. Alle Maßnahmen der Montanunion, vor allem aber auf dem Gebiet der Produktions- und Preispolitik, der Verkehrstarife, der Steuern und Zölle, des Außenhandels und der Währungsfragen haben dem Ziel zu

dienen, die Einigung im größeren Wirtschaftsraum Europa auf marktwirtschaftlicher Grundlage unter Bejahung eines echten Leistungswettbewerbs zu fördern. Die weiteren Pläne zur wirtschaftlichen Integration Europas auf dem Gebiete der Verkehrspolitik, der Agrarpolitik und der Währungen werden von der CDU dann positiv Unterstützung finden, wenn sie auf dem Boden der Marktwirtschaft stehen. Integrationspläne mit ausgesprochen planwirtschaftlicher Tendenz werden abgelehnt. Die wirtschaftliche Einigung kann nicht durch noch so wohlmeinende supranationale Planungs bürokratien herbeigeführt werden, sondern nur im freien Wettbewerb und Leistungsaustausch unter freien Völkern.

Summary: The Christian Democratic Party's Programme of Economic Policy. The Christian concept of society holds that the economy is to serve man, and economic policy must have regard to the individuality of human beings. Individuals, society, and the State as the ordering power must cooperate for the common weal. Economic policy must strive to combine a maximum of freedom with social security for all; the way to this end is the social market economy in which the productive forces are developed by genuine efficiency competition. That is also the best social policy. Socialist experiments are as dangerous as Liberalist ones. The freedom of decision of the working people and the consumers must not be restricted by accumulations of economic or political power. — From these general principles, the Christian Democrats derive the practical measures proposed in their programme of economic policy. They demand a policy of active consumers' protection, so that the consumers can discharge the essential functions devolving on them in a market economy. The CDU are determined to go on fighting unemployment and endeavouring to create permanent new jobs. Transport is to be given a new order so as to reconcile the conflicting interests of its different branches, which have arisen due to the absence so far of an overall conception in this field. Within the framework of an efficient middle-class policy, special promotional measures are called for to further small and medium-sized firms of middle-class enterprise, agriculture, and the liberal professions. Priority is to be given to housing, and particularly to the building of suitable homes for large families, as quite generally the promotion of healthy families is considered one of the noblest tasks of social policy. As a way to the deproletarianization of labour, it is recommended to sponsor the accumulation of private property by a sound tax policy and by establishing partnerships in the concerns. Finally, it is pointed out what tasks are presented to the economy by the eventual reunification of Germany and by the urgent projects of European integration.

Résumé: La politique économique de la CDU. Selon la conception chrétienne de l'ordre social, l'économie doit servir l'homme, et la politique économique doit être inspirée par l'idée de la responsabilité pour l'individu. Le bien-être général dépend de la coopération consciente de l'individu, de la société et de l'Etat. La politique économique doit aspirer à garantir un maximum de liberté et de sécurité sociale. Elle atteindra ce but par l'économie de marché sociale qui développe les forces productives en stimulant le rendement compétitif. Ainsi on arrive en même temps à la meilleure politique sociale. Les expériences socialistes et libérales, d'autre part, recèlent les mêmes dangers. Il ne faut pas imposer des restrictions à la liberté de décision des salariés et des consommateurs par une concentration de pouvoir politique et économique. C'est sur la base de ces principes directeurs que la CDU définit les mesures concrètes qui forment son programme de politique économique. Elle réclame une politique active en faveur de la protection du consommateur, afin que celui-ci puisse exercer ses fonctions dans l'économie de marché. La CDU veut combattre le chômage et fortifier l'emploi stable. Elle intend réorganiser les services des transports pour aplanir les différences et contradictions entre les secteurs individuels dont les difficultés actuelles résultent de l'absence d'une politique de coordination. Dans le cadre d'une politique pour l'encouragement des classes moyennes il faut agir surtout en faveur des petits et moyens industriels et commerçants, de l'agriculture et des professions intellectuelles. Un autre domaine réclamant une attention spéciale est la construction de logements, surtout pour familles. En même temps la protection de la famille est une tâche importante de la politique sociale. La CDU intend déprolétarianiser les ouvriers par l'encouragement de la formation de propriété privée. Ce sera possible à l'aide d'une politique fiscale saine et par la participation des ouvriers aux bénéfices de l'entreprise. D'ailleurs la CDU est consciente d'un nombre supplémentaire de problèmes économiques qui se posent en vue de la réunion de l'Allemagne et de l'intégration européenne dont elle se fait le champion.

Resumen: El programa político-económico de la Unión Cristiana Democrática. Conforme al concepto social-cristiano, la economía viene siendo al servicio del hombre y la política económica debe basarse en la responsabilidad ante la personalidad. El individuo, la sociedad y el Estado como poder de orden, tienen que cooperar en pro del bien común. La política económica debe unir el máximo de libertad a la seguridad social para todos; el camino que conduce a esa meta es la económica social de mercado, en la cual las fuerzas productivas van desarrollándose a consecuencia de una competencia de eficiencia legítima. Esto es, al mismo tiempo, la mejor política social. Experimentos socialistas son tan peligrosos como los liberales. La libertad de decidir del elemento productivo y de los consumidores no debe ser restringida por aglomeraciones de poder económico o político. De estos principios superiores la UCD deduce sus concretas medidas recojidas en su programa económico-político. El partido reclama una política activa que proteja al consumidor para que pueda cumplir con la función esencial que le corresponde en la economía de mercado. Quiere continuar con el combate contra la desocupación y con sus esfuerzos para crear puestos de labor permanentes. El sistema de transportes debe ser reorganizado con objeto de eliminar el paralelismo y la rivalidad entre las organizaciones de transporte, creados por la falta de una concepción global en este campo. Al amparo de una eficaz política de clase media hay que tomar medidas de fomento especiales en favor de industrias pequeñas y medianas, de la agricultura y profesiones intelectuales. La política de la construcción de viviendas merece un puesto de preferencia, siendo la construcción de viviendas de familia una tarea primordial, así como se considera la protección de la familia una de las tareas más importantes de la política social. Como camino para desproletarizar el obrerismo se recomienda el fomento de la formación de propiedad por mediación de una sana política de impuestos y por la concesión de participaciones en la empresa. Por fin se señala las tareas económicas que resultan de la anhelada reunión de Alemania y de la integración de Europa urgentemente reclamada.